Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 59 (1967)

Heft: 4

Artikel: Zum 1. Mai 1967

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354275

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 4 - APRIL 1967 - 59. JAHRGANG

Zum 1. Mai 1967

Kolleginnen und Kollegen!

Alljährlich am 1. Mai verkünden die freien Gewerkschaften mit machtvollen Demonstrationen ihre Entschlossenheit im Kampf um Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand. Die freiheitlich-demokratischen Gewerkschaften, die organisierten Arbeitnehmer aller Länder, sind sich ihrer solidarischen Verbundenheit bewußt. Die im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) zusammengeschlossenen Arbeitnehmerverbände bekräftigen am Maifeiertag der Arbeit ihre Absicht, immer und überall für den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fortschritt zu kämpfen.

Groß sind die Aufgaben, die sich den Gewerkschaften stellen. Noch immer leiden Menschen Hunger und Not. Allzu ungleichmäßig sind die Reichtümer dieser Erde verteilt. Menschen werden durch Menschen ausgebeutet. Völker ringen um ihre Unabhängigkeit, um ihr Selbstbestimmungsrecht. Kriegerische Auseinandersetzungen lasten auf der Menschheit. Diskriminierung und Rassenhaß stellen die Menschenrechte in Frage. Nicht alle Regierungen garantieren und respektieren die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit. Demokratische Grundrechte werden mißachtet.

Die Vergangenheit brachte den schweizerischen Gewerkschaften manche Erfolge. Vieles aber bleibt zu tun. Der Fortschritt kommt nicht von selbst, sondern erfordert vorausschauendes und solidarisches Handeln. die Gewerkschaften sind berufen, die Zukunft unseres Landes mitgestalten zu helfen.

In der Wirtschaftspolitik bleibt die Bekämpfung der Teuerung eine der vordringlichsten Aufgaben. Die Gewerkschaften setzen sich entschlossen für eine gerechtere Verteilung des Wirtschaftsertrages ein.

Die Aufgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden nehmen ständig zu. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund fordert eine soziale Verteilung der daraus sich ergebenden Steuerlast. Steuerprivilegien sind zu bekämpfen. Eine langfristige Finanzplanung der öffentlichen Hand ist unerläßlich.

Luft und Gewässer sind verschmutzt, die Schönheiten unserer Heimat gefährdet. Lärm und chaotische Verkehrsverhältnisse bedrohen unsere Dörfer und Städte. Wir brauchen mehr Schulen und Spitäler. Auch für Straßen-, Industrie- und Wohnbauten wird Land benötigt. Die möglichst rationelle Nutzung des Bodens ist ein Gebot der Klugheit und der Voraussicht. Verschwendung können wir uns nicht leisten. Freiheit darf nicht zu Willkür entarten. Zu den wichtigsten Gegenwartsaufgaben der Schweiz gehören deshalb Bodenrecht und Landesplanung. Die Bodeninitiative, über die am 2. Juli der Stimmbürger zu entscheiden hat, zeigt den Weg für eine fortschrittliche Lösung.

Zahlreich sind die Familien, die von der Last der Mietzinse fast erdrückt werden. Die Arbeitnehmer brauchen preiswerte, zweckmäßige und sonnige Wohnungen. Für die alten Leute müssen Alterswohnungen und Alterssiedlungen bereitgestellt werden. Es gilt, die Möglichkeiten rationeller Baumethoden zu nutzen. Der Mieter ist vor ungerechtfertigter Kündigung zu schützen. Deshalb tritt der Gewerkschaftsbund für den Ausbau des gesetzlichen Kündigungsschutzes ein.

Die soziale Sicherheit ist in unserem Lande noch nicht gewährleistet. Die ständig steigenden Arzt-, Zahnarzt- und Spitalkosten belasten die Arbeiter- und Angestelltenfamilien immer stärker. Der Ausbau der Sozialversicherung drängt sich gebieterisch auf. Die verbesserten Leistungen der Invalidenversicherung müssen Anfang 1968 wirksam werden. Die 7. Revision der AHV verträgt keine Verzögerung; der Schweizerische Gewerkschaftsbund verlangt eine Erhöhung der Renten um 40 Prozent.

Das sich verschärfende Arbeitstempo vergrößert die Belastungen und Gefahren, denen die Werktätigen am Arbeitsplatz ausgesetzt sind. Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft darf nicht betrieben werden. Gesundheit und Wohlergehen der Arbeitnehmer sind wichtiger als Profit und Gewinn.

Staatspolitisch ist ein Überdenken des schweizerischen Föderalismus geboten. Nicht Rivalität und Kantönligeist, sondern Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden sind notwendig, um die Fülle gegenwärtiger und künftiger Probleme zu bewältigen. Den Frauen muß neben der wirtschaftlichen auch die politische Gleichberechtigung gewährt werden.

Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ist nur dann gesichert, wenn die Berufsbildung auf allen Stufen weiter gefördert und verbessert wird. Für Bildungsprivilegien ist in der modernen Industriegesellschaft kein Platz.

Kolleginnen und Kollegen!

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände werden alles tun, um den Lohnverdienern zu einem

besseren und schöneren Leben zu verhelfen. Sie appellieren an die Nichtorganisierten, den freien Gewerkschaften beizutreten. Die Erfüllung der Solidaritätspflicht ermöglicht eine noch wirkungsvollere gewerkschaftliche Interessenvertretung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund fordert die Werktätigen auf, einig und geschlossen an den Maikundgebungen teilzunehmen, für Fortschritt und Wohlfahrt zu demonstrieren.

Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Meinungsumfragen in Ostdeutschland

von *Heinz Apel*

Daß die Verhältnisse auch «hinter der Mauer» nicht starr und unabänderlich sind – wer hätte daran gezweifelt? Daß die Versorgungslage sich gebessert habe – das war nachgerade auch schon im Westen bekanntgeworden. Der nachfolgende Artikel beweist, daß davon auch die Haltung der Bevölkerung, einerseits gegenüber dem eigenen Regime, anderseits gegenüber dem «fernen Westen» nicht unberührt bleibt. Wir entnehmen den Artikel wieder einmal dem in Berlin erscheinenden «Monat». Vom Verfasser sind bereits erschienen: «Ohne Begleiter – 247 Gespräche jenseits der Zonengrenze» (Verlag Wissenschaft und Politik, Köln) und «Spaltung» (Voltaire-Verlag, Berlin). Demnächst erscheint ebenfalls bei Voltaire, Berlin: «Die DDR 1962–1964–1966».

Ost-West-Konflikt, politische Trennung, physische Absperrung durch Mauer und streng bewachte Grenzschranken, administrativ mit großer Geschicklichkeit gesicherte Behinderung freier Kontakte zwischen den Menschen hüben und drüben haben es noch bis in die jüngste Zeit fast unmöglich gemacht, mehr als jeweils nur kleine Ausschnitte des Gesamtbildes zu reflektieren, das die Haltung der DDR-Bevölkerung auch nur annähernd repräsentativ darstellen könnte. Wo solche Verbindungen überhaupt bestanden oder gelegentlich hergestellt werden konnten, haben sie überdies eine stark einseitige Orientierung begünstigt: Soweit sie zwischen Mitgliedern der breiten Masse der Bevölkerung geknüpft wurden, hatten sie kaum eine Chance, die öffentliche Meinung mitzuprägen, während die aus den Kreisen der gehobenen Schichten und der Intelligenz kommenden Reaktionen einer relativ kleinen Minderheit im Westen meistens nach dem Prinzip gesiebt wurden, daß Bekenntnisse zu loyaler «Staatsgesinnung» bedeutungslos waren, wenn sie aus dem Bereich der «Handvoll von Funktionären und indoktrinierten Parteimitgliedern» kamen, in allen anderen Fällen aber von äußerst zweifelhafter Glaubwürdigkeit, solange man überzeugt war, daß Angst vor den Folgen wirkliche Offenheit nicht zuließ.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek